

VALÉRY GISCARD D'ESTAING
PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN KONVENTS UND EHEMALIGER PRÄSIDENT DER REPUBLIK
FRANKREICH

Valéry Giscard d'Estaing wurde am 2. Februar 1926 in Koblenz in Deutschland geboren. Sein Vater leitete dort die Finanzabteilung des Hohen Kommissariats der Alliierten im Rheinland. Im Alter von 18 Jahren trat er der 1. Französischen Armee bei und nahm an den Feldzügen in Frankreich und Deutschland teil (1944-1945), wofür er mit dem Kriegssorden ausgezeichnet wurde. Nach Abschluß an der Ecole Polytechnique und der Ecole Nationale d'Administration wurde er 1952 zum Inspecteur des Finances ernannt. Von 1959-1962 bekleidete er das Amt eines Staatssekretärs im Finanzministerium. Unter der Präsidentschaft von General de Gaulle wurde er Minister für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten in den Kabinetten von Georges Pompidou in der Zeit von 1962-1966. Unter der Präsidentschaft von Georges Pompidou übte Giscard d'Estaing von 1969-1974 das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers in der Regierung von Chaban-Delmas und Messmer aus. Er gründete 1966 die Fédération Nationale des Républicains Indépendants (FNRI), die drei Jahre später in dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa aufging, sowie Jean Monnet dies gewünscht hatte, um die zweite Kandidatur Großbritanniens zur Aufnahme in die EWG zu unterstützen. 1970 übernahm Valéry Giscard d'Estaing die Präsidentschaft des Rates der OECD. Nachdem er 1970 dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften einen Plan zur Wirtschafts- und Währungseinheit vorgelegt hatte, wirkte er 1972 an der Erarbeitung des Werner-Plans mit, dessen Zielprojektion die Währungseinheit für das Ende des Jahrzehnts war.

Im Mai 1974 wurde Valéry Giscard d'Estaing zum Präsidenten der Republik Frankreich gewählt. Als solcher verfolgte er unablässig eine Politik zur Wiederbelebung des Aufbaus Europas mit der Unterstützung von Helmut Schmidt. Die beiden Männer betrieben die Währungseinheit mit Nachdruck, indem sie die Schaffung des europäischen Währungssystems (EWS) anstießen, die am 13. März 1979 erfolgte. Während seiner siebenjährigen Amtszeit setzte sich Valéry Giscard d'Estaing nachdrücklich dafür ein, den europäischen Institutionen neuen Schwung zu verleihen.

Im Anbindung an den Davignon-Rapport über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik aus dem Jahre 1970 schlug Valéry Giscard d'Estaing im Dezember 1975 die Schaffung des Europäischen Rates vor, um der zu diesem Zeitpunkt festgefahrenen politischen Zusammenarbeit neuen Elan zu geben. Der Europäische Rat, der 1986 durch die Einheitsakte institutionalisiert wurde, sollte eine herausragende Rolle beim Aufbau Europas und bei der Entwicklung der GASP spielen, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Valéry Giscard d'Estaing sprach sich deutlich für eine häufiger angewendete Mehrheitsabstimmung im Ministerrat der Europäischen Union aus. Des weiteren fand ein Machtzuwachs des Europäischen Parlaments seine volle Zustimmung. Er bejahte nicht dessen erweiterte Haushaltskompetenzen, sondern ebenso dessen Wahl nach allgemeinem Wahlrecht, das nach langwierigen Verhandlungen durch die Akte von Brüssel vom 20. September 1976 gebilligt wurde, die der Institutionalisierung des Europäischen Rates auf dem Fuße folgte. Die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament nach allgemeinem Wahlrecht sollten 1979 stattfinden. Wenn Valéry Giscard d'Estaing sich für den Aufbau Europas einsetzte, so trug er nachhaltig auch zum internationalen Zusammenhalt bei. 1975 regte er eine Nord-Süd-Partnerschaft an, die ihren Niederschlag in den Lomé-Verträgen fand, die zwischen der EWG und den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik geschlossen wurden (ACP). Mit Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Präsidenten der vereinigten Staaten, Gerald Ford, berief er den Wirtschaftsgipfel von Rambouillet ein, bei dem die Einrichtung der G7 beschlossen wurde.

Nachdem er im Mai 1981 sein Präsidentenamt niedergelegt hatte, engagierte sich Valéry Giscard d'Estaing weiterhin im politischen Leben sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler und europäischer Ebene. Er wurde Vorsitzender der Union pour la Démocratie française (UDF) und hatte dieses Amt von 1988 bis 1996 inne. Mehrfach wurde er zum Abgeordneten in die Nationalversammlung gewählt, so 1984, 1986, 1988, 1993 und 1997. Im März 1982 wurde er zum Conseiller général im Puy-de-Dôme gewählt, ein weiteres Mal 1985. 1986 bekleidete er das Amt des Conseiller régional der Auvergne, das er noch zwei weitere Male innehatte, nämlich 1992 und 1998.

Seit dem 21. März 1986 ist er Präsident des Conseil régional der Auvergne. Von 1989 bis 1993 war Valéry Giscard d'Estaing Mitglied des Europäischen Parlaments. Er war bis 1991 Vorsitzender der Liberalen und Demokratischen Fraktion. Er setzte sich aktiv ein für das Ja Frankreichs zum Beitritt zum Vertrag von Maastricht. Nachdem der Vertrag in Kraft getreten war, setzte er sich für die Lockerung der Kriterien von Maastricht ein (Inflationsrate, Defizit des Staatshaushaltes...). Da ihn der mangelnde Fortschritt der Währungseinheit beunruhigte, gründete er 1986 zusammen mit Helmut Schmidt das Komitee für die Währungseinheit Europas. Helmut Schmidt veröffentlichte 1988 das „Aktionsprogramm“ aus dem mehrere Vorschläge vom Komitee Delors wieder aufgenommen wurden, das nunmehr beauftragt worden war, eine Untersuchung zur Wirtschafts- und Währungseinheit in Angriff zu nehmen.

Als Präsident des Conseil régional der Auvergne seit 1986 ist Valéry Giscard d'Estaing von 1992 bis 1998 Präsident der Vereinigung der Präsidenten der Conseils régionaux (APCR) gewesen. Im Oktober 1997 wurde er darüber hinaus zum Präsidenten des Conseil des Communes et Régions d'Europe (CCRE) gewählt. Er engagiert sich nachdrücklich für die Stärkung der Gebietskörperschaften im Rahmen der Europäischen Union. Für das Europäische Parlament veröffentlichte er einen Bericht über das Subsidiaritätsprinzip, der zu einer der Grundlagen des Maastrichter Vertrages zur Europäischen Union werden sollte. Von 1989 bis 1997 bekleidete er das Amt des Präsidenten des Mouvement international européen. Er ist ebenfalls Präsident des Institut pour la Démocratie en Europe. Die Staats- und Regierungschefs, die sich im Dezember 2001 zum Gipfel in Laeken versammelten, wählten Valéry Giscard d'Estaing an die Spitze des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union, der seit dem 1. März 2002 eine Verfassung für Europa vorbereitet und redigiert.

Bibliographie:

Valéry Giscard d'Estaing, *Les Français, réflexions sur le destin d'un peuple*, Plon, Paris 2000, 314 p.

Valéry Giscard d'Estaing, *Le Pouvoir et la vie 1*, France Loisirs, Paris, 1992.

Valéry Giscard d'Estaing, *Le Pouvoir et la vie 2. L'affrontement*, France Loisirs, Paris, 1992.